



stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt

**eine Raumplanerin/einen Raumplaner oder
eine Geographin/einen Geographen oder
eine Stadt- und Regionalplanerin/einen Stadt- und Regionalplaner oder
eine Architektin/einen Architekten oder
eine Landespflegerin/einen Landespfleger (Diplom/Master)**

in der Abteilung III „Regionalplanung, Bauwesen, Wirtschaft, Verkehr“, im Dezernat III 31.2 „Regionale Siedlungs- und Bauleitplanung“ ein.

Die Einstellung erfolgt als Beamtin / Beamter nach A 13 HBesG oder als Beschäftigte / Beschäftigter nach Entgeltgruppe E 13 TV-H, wobei eine spätere Verbeamtung bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen möglich ist. Einversetzungen von anderen Behörden sind bis nach A 14 HBesG möglich.

Das Dezernat III 31.2 nimmt sowohl Aufgaben als obere Landesplanungsbehörde als auch als höhere Verwaltungsbehörde nach dem Baugesetzbuch wahr. Es kooperiert mit einer Vielzahl von Behörden und Institutionen. Mit Unterstützung eines Planungsbüros wird derzeit ein Regionales Entwicklungskonzept für die Bereiche Siedlung, Gewerbe und Logistik als Grundlage für die Neuaufstellung des Regionalplanes erarbeitet. Das Konzept soll zu einer Festlegung von gut geeigneten und in der Region nachgefragten Flächen führen und gleichzeitig dem Flächensparziel des Landes Hessen Rechnung tragen. Unter Berücksichtigung der Themenfelder Klimawandel und Mobilität sollen Antworten auf wachsende Flächenkonkurrenzen und Nutzungskonflikte gegeben werden.

Das Aufgabengebiet umfasst folgende Tätigkeiten:

- Erstellung des Regionalplanes Südhessen und Mitwirkung bei der Erstellung des Regionalen Flächennutzungsplanes für den Ballungsraum Frankfurt a.M. für Siedlungsgebiete, Industrie- und Gewerbegebiete, Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe
- Durchführung von landesplanungsrechtlichen Verfahren (Abweichungsverfahren, Mitwirkung bei fachrechtlichen Verfahren)
- Wahrnehmung von Aufgaben der höheren Verwaltungsbehörde nach dem Baugesetzbuch: Genehmigung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen; Entscheidungen über bauliche Maßnahmen des Bundes und der Länder; allgemeine städtebauliche Fragestellungen
- Erarbeitung von koordinierten Stellungnahmen zu Bauleitplänen nach § 4 BauGB unter besonderer Beachtung der erforderlichen Umweltprüfung
- Regionale Servicestelle: Frühzeitige Abstimmung von Planungen und Beratung von Unternehmen und Kommunen hinsichtlich erforderlicher Verfahrensschritte
- Unterstützung der Ausbildungsleitung für die Laufbahn des höheren technischen Verwaltungsdienstes für Baureferendarinnen und Baureferendare, Ausbildungsrichtung Städtebau und Stadtbauwesen

Fachliche Anforderungen:

Sie haben ein abgeschlossenes Hochschulstudium (Uni-Diplom oder Master) der Fachrichtung Raumplanung/Raumordnung, Stadt- und Regionalplanung bzw. Stadt- und Regionalentwicklung, Geographie, Architektur oder Landespflege. Eine abgeschlossene Ausbildung für den höheren technischen Verwaltungsdienst (Große Staatsprüfung im Bereich Städtebau/Stadtbauwesen) ist vorteilhaft. Gute Fach- und Rechtskenntnisse in der Raum- und Regionalplanung sowie der Bauleitplanung werden erwartet. Gute Kenntnisse des Verwaltungsaufbaus und des Verwaltungsrechts sind wünschenswert. Die sichere Beherrschung der Standard-Software (MS Word, Excel, MS Project, Outlook) sowie der sichere Umgang mit geographischen Informationssystemen ist für Sie selbstverständlich.

Persönliche Anforderungen:

Sie verfügen über ein sicheres Auftreten, stehen Herausforderungen offen gegenüber, sind belastbar, flexibel und entscheidungsfreudig. Sie bringen hohe Einsatzfreude, gute kommunikative Fähigkeiten sowie gutes Organisations- und Verhandlungsgeschick mit. Die Fähigkeit, zielgerichtete Lösungen zu finden, zeichnet Sie aus. Sie

sind sicher bei schriftlichen Darstellungen und arbeiten gerne im Team. Außendiensttauglichkeit und der Besitz der Fahrerlaubnis Klasse B (Klasse 3) werden erwartet.

Eine Beschäftigung im Regierungspräsidium Darmstadt weist viele Pluspunkte auf. Sie arbeiten in gesellschaftlich sinnvollen und wichtigen Bereichen mit vielfältigen und unterschiedlichen Aufgabenstellungen. Eine sorgfältige Einarbeitung und Fortbildungsmöglichkeiten sind vorgesehen. Sie erwartet ein sicherer Arbeitsplatz, ein kostenloses „Jobticket“, ein gutes Betriebsklima, die Vorteile eines betrieblichen Gesundheitsmanagements sowie familienfreundliche Arbeitszeitgestaltungen und (unter Berücksichtigung der dienstlichen Belange) vielfältige Formen der Teilzeitbeschäftigung.

Die Behörde strebt eine Erhöhung des Frauenanteils in allen Bereichen und Positionen an, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Frauen sind daher besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Das Land Hessen ist Mitglied in der Charta der Vielfalt (www.charta-der-vielfalt.de). Der Umsetzung dieser Ziele fühlen wir uns verpflichtet, insbesondere sprechen wir Menschen jeglichen Geschlechts an.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann senden Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (Anschreiben, Lebenslauf, Kopien von Schulabschlusszeugnis, Kopien von Master/Uni-Diplom-Zeugnis) bis zum **17. Juni 2019** unter Angabe des Aktenzeichens I 12 - 16 - 5e 08/01 (1/E292) per E-Mail (eine PDF-Datei mit der maximalen Größe von 10 MB) an

Jonas.Kaufmann@rpda.hessen.de oder auch per Post an:

Regierungspräsidium Darmstadt
Dezernat I 12 - 16
Luisenplatz 2
64283 Darmstadt

Bei fachlichen Fragen wenden Sie sich bitte an die Dezernatsleiterin, Frau Dr. Zeiß, Telefon 06151/12-8938, E-Mail: Tatjana.Zeiss@rpda.hessen.de. Informationen über das Regierungspräsidium Darmstadt finden Sie auf unserer Homepage: www.rp-darmstadt.hessen.de.